

Absender

Eingangsstempel

Landesförderinstitut  
Mecklenburg-Vorpommern  
Postfach 16 02 55  
19092 Schwerin

Aktenzeichen

HQP

-

-

Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen!

## Antrag

### auf Gewährung einer Zuwendung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Ersteinstellung von Personal mit Hochschulabschluss oder Meisterabschluss in einer technischen Fachrichtung (Einstellungsrichtlinie)

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

Bei  bitte Zutreffendes ankreuzen!

**Hinweis:** Der Antrag ist beim Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI M-V) einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

**Für jedes Beschäftigungsverhältnis ist ein separater Antrag zu stellen!**

#### 1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers (lt. Registerauszug bzw. Gewerbeanmeldung)

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Rechtsform (Nachweis der Rechtsform beifügen)

1.11 Zuständiges Finanzamt

1.12 Steuernummer

1.13 Steuer-ID (bei natürlichen Personen)

1.14 Geburtsdatum (bei natürlichen Personen)

Bei einer **GbR oder OHG** gilt: Wenn die Daten der Gesellschaft nicht vollständig angegeben werden können, sind die personenbezogenen Daten für alle Gesellschafter erforderlich. Ein Formular hierzu steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

1.15 Geschäftsgegenstand

## 2. Angaben zum Beschäftigungsverhältnis

2.1 Vor- und Nachname des neu einzustellenden Beschäftigten

2.2 Handelt es sich bei der geplanten Einstellung um ein **neues und zusätzliches** Beschäftigungsverhältnis in dem Unternehmen?  
(bezogen auf das bei Antragstellung vorhandene Personal mit technischem Hochschul- bzw. Meisterabschluss) Ja  Nein

2.3 Bei dem Beschäftigungsverhältnis handelt es sich **nicht** um die Nachbesetzung einer vor der Antragstellung bereits vorhandenen Stelle? Ja  Nein

2.4 Verfügt der zukünftige Stelleninhaber über einen Hochschulabschluss in einer technischen Fachrichtung oder einen technischen Meisterabschluss? Ja  Nein   
Ja  Nein

2.5 Handelt es sich bezogen auf den zukünftigen Stelleninhaber um dessen erstmalige Einstellung? Ja  Nein

2.6 Wann hat der zukünftige Stelleninhaber den technischen Hochschul- oder Meisterabschluss erworben? (TT.MM.JJJJ) \_\_\_\_\_

2.7 Das geplante Beschäftigungsverhältnis ist unbefristet? Ja  Nein

2.8 Angabe Bruttogehalt in EUR  
(Mindestgehalt gemäß 3.3. der Richtlinie 4.200,00 EUR bei Hochschulabschluss und 3.800,00 EUR bei Meisterabschluss) \_\_\_\_\_

2.9 Einzustellendes Personal gehört zu folgenden Personengruppen: Anteilseigner beim Antragsteller, Familienmitglied 1. Grades eines Anteilseigners, Arbeitnehmer aus einem mit dem Antragsteller verbundenen Unternehmen? Ja  Nein

2.10 Einstellung ist geplant zum (TT.MM.JJJJ) \_\_\_\_\_

### 3. Ausgaben- und Finanzierungsplan

#### 3.1 Ausgabenaufstellung

Förderjahr	20__	20__	20__	Gesamtausgaben in EUR
Personalausgaben <sup>1)</sup> (Bruttolohn und gesetzliche Sozialabgaben in EUR)				

<sup>1)</sup> Zur Untersetzung der Personalausgaben ist die Anlage „Personalausgabenberechnung“ ausfüllen!

#### 3.2 Finanzierungsbestandteile

Beabsichtigte Finanzierung des zur Förderung beantragten Vorhabens	Betrag in EUR
Eigenmittel	
Beantragte Zuwendung	
<b>Gesamtfinanzierung</b>	

### 4. Vertretungsberechtigung

Die in nachfolgender Übersicht aufgeführten Personen sind berechtigt, den Antragsteller für das zur Förderung beantragte Vorhaben hinsichtlich des Antrags-, Bewilligungs-, Zahlungs- und Abrechnungsverfahrens rechtsverbindlich, d. h. mit erforderlicher Vertretungsmacht zu vertreten.

Rechtsverbindliche Vertretung des Antragstellers

Name, Vorname	Ggf. nur gemeinsam mit	Unterschriftsprobe

Bei Veränderung jeder Vertretungsberechtigung ist der Bewilligungsbehörde unaufgefordert eine entsprechende Aktualisierung vorzulegen. Ein Formular hierzu steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

### 5. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende, aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beigelegt:

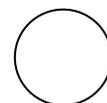
- Kopie der Handelsregistereintragung
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen
- Aufstellung der Einzelgesellschafter bei einer GbR oder OHG
- De-minimis-Erklärung/en
- Personalausgabenberechnung
- Kopie des Hochschulabschluss bzw. Meisterabschluss
- Entwurf** des Arbeitsvertrages

## 6. Hinweise/Erklärungen

- 6.1 Der Antragsteller erklärt, mit dem Vorhaben nicht vor Antragseingang begonnen zu haben. Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass als Vorhabenbeginn der Abschluss des Arbeitsvertrages gewertet wird.
- 6.2 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrugs (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können. Folgende im Antrag anzugebende Tatsachen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB:
- Angaben zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger
  - Angaben zum Vorhaben (einschließlich Angaben zum Beginn des Vorhabens)
  - Angaben zu den Ausgaben und der Finanzierung
  - Angaben, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind
  - Angaben, die Gegenstand der dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
  - Angaben zur Verwendung der Zuwendung
- Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 6.3 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant wird und durchgeführt werden wird.
- 6.4 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder ein solches unmittelbar bevorsteht.
- 6.5 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass das Landesförderinstitut M-V als mitteilungs-pflichtige Stelle bei Bestehen der Mitteilungspflicht nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 8 Abs. 2 der Mitteilungsverordnung den Finanzbehörden Daten über die Zuwendung und den Zuwendungsempfänger (Name, Vorname, Firma, Anschrift, Steuernummer, Geburtsdatum, Grund, Höhe und Tag der Zahlung) mitteilt.
- 6.6 Der Antragsteller versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu vorgenommen hat. Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert berichten.
- 6.7 Hinweise zum Datenschutz  
Die auf der Website des LFI M-V zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit seinen personenbezogenen Daten und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
rechtsverbindliche Unterschrift/en



Stempel  
Antragsteller